

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

Eröffnungsansprache

- es gilt das gesprochene Wort –

Jahrestagung Kerntechnik, 27. bis 29. Mai 2008, Hamburg

Anrede,

als Präsident des Deutschen Atomforums begrüße ich Sie alle sehr herzlich zur Jahrestagung Kerntechnik, hier in der Hansestadt Hamburg.

Hamburg, sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Herlind Gundelach, hat sich das Leitbild „Metropole – Wachsende Stadt“ verordnet. Und Hamburg ist wahrlich eine der prosperierendsten Städte Deutschlands. Die Wirtschaft wächst und gedeiht. Dies macht sich nicht zuletzt auch an steigenden Bevölkerungszahlen bemerkbar. Hamburg zieht an, Hamburg ist attraktiv, Hamburg unterscheidet sich, Hamburg geht neue Wege. So auch in der Politik. Es ist das erste Land in Deutschland, in dem sich eine Koalition aus CDU und Grünen (GAL) gebildet hat. Sicher gibt es viele inhaltliche Schnittmengen, ganz sicher jedoch auch viele Differenzen. Für die vor Hamburg stehenden Herausforderungen und Aufgaben wünsche ich Ihnen als neue Senatorin für Wissenschaft und Forschung daher eine glückliche Hand, viel Erfolg und ausreichend Energie. Gerade Letzteres wünsche ich Ihnen nicht nur ganz persönlich, sondern vor allem Ihrer Stadt.

Um dem Leitbild „Wachsende Stadt“ gerecht werden zu können, braucht die Hamburger Metropole schließlich eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Ich komme an dieser Stelle nicht umhin, das Thema Moorburg anzusprechen. Nach wie vor ist die Frage ungeklärt, ob das Steinkohlekraftwerk gebaut wird. CDU und Grüne konnten sich auf eine eindeutige Aussage zu Moorburg nicht verständigen. Nun soll die zuständige Behörde unter Leitung der Umweltsenatorin Anja Hajduk rechtlich über die Genehmigung zum Bau des Kohlekraftwerkes

entscheiden. Es wäre bedauerlich, wenn es auf eine langwierige Diskussion hinausläufe und am Ende möglicherweise die Entscheidung den Gerichten überlassen werden würde.

Anrede,

Letztlich stehen mit diesem Genehmigungsverfahren die Verlässlichkeit der Politik und der Rahmenbedingungen auf dem Prüfstand, die für weitere Investitionsentscheidungen unserer Branche in Deutschland so wichtig sind. Denn anders als in anderen Wirtschaftszweigen sind Investitionen der Energiewirtschaft immer langfristige Investitionen. So benötigt die Energiewirtschaft für die von ihr zu treffenden Investitionen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Sachgerechte, strategische, vorausschauende Rahmenbedingungen, die Regierungsbündnisse und Legislaturen überdauern. Dabei geht es bei den energiepolitischen Entscheidungen auf Landes- und auf Bundesebene um nicht weniger als die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Eine energiepolitische Hängepartie können und dürfen wir uns einfach nicht leisten.

Anrede,

auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mahnt und wirbt für neue moderne Kohlekraftwerke. Er weiß ganz genau, was dem deutschen Industrie- und Wirtschaftsstandort blüht, wenn nach der Kernenergie nun

auch die Kohle ins Visier von ideologischen Bürgerinitiativen oder Umweltschutzgruppen – aber eben auch von Teilen der Politik gerät. Aus diesem Grund wiederholt Gabriel landauf landab, dass beides gleichzeitig – also Ausstieg aus der Kernenergie und Ausstieg aus der Kohle – nicht zu machen sei. Nach unserer Ansicht geht beides – auch für sich alleine genommen – nicht. In der Bevölkerung herrschen nach Ansicht von Gabriel „abenteuerliche Vorstellungen“, woher der ganze Wohlstand komme. Er hat recht, wenn er sagt: „Jetzt ist das eingetreten, wovor früher die ollen Atomlobbyisten gewarnt haben: Die Bürger denken, der Strom kommt aus der Steckdose.“ Man könnte das sicher freundlicher formulieren. Aber letztlich bestätigt er damit unsere Warnungen. Und über diese – wenn auch späte – Einsicht sollten wir uns freuen. Allerdings nur dann, wenn daraus auch die richtigen Konsequenzen gezogen werden.

Anrede,

seit Langem macht die deutsche Energiewirtschaft darauf aufmerksam, dass eine sichere Energieversorgung nicht naturgesetzlich gegeben ist. Wir stehen energiepolitisch am Scheideweg. Es ist nur ehrlich, den Bürgerinnen und Bürgern dies auch zu sagen.

Über Jahre wurde eine Stimmung geschaffen, die darauf abzielt nach der Atomenergie nun auch der Kohle jegliche Akzeptanz zu nehmen. Eine fatale Stimmung, die hunderttausende Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie akut gefährden wird, wenn eine wettbewerbsfähige Grundlast in Deutschland verloren geht. Wer das

negiert, handelt realitätsfremd und – man muss es leider sagen – auch verantwortungslos. Man kann der deutschen Energiewirtschaft auch nicht vorwerfen, die Situation verharmlost oder gar unter den Teppich gekehrt zu haben. Unsere Warnungen vor einer drohenden Stromlücke sind begründet, auch wenn der Ein oder Andere sie gerne belächelt oder sie gar als Panikmache versucht zu brandmarken.

Anrede,

auch die Deutsche Energieagentur, dena, sieht die Stromlücke kommen. Nicht in ferner Zukunft, sondern bereits ab 2012. Ihren Berechnungen zufolge stünde dann nicht mehr genügend gesicherte Kraftwerksleistung zur Verfügung, um die Jahreshöchstlast zu decken. Und das selbst für den Fall, dass das von der Bundesregierung verfolgte Energieprogramm, samt unterstellter jährlicher Energieeffizienzsteigerung, einem Erneuerbaren Anteil von rund 30 Prozent, sinkendem Stromverbrauch sowie KWK-Ausbau, in all seinen Punkten umgesetzt würde. Bleibt es beim Ausstieg aus der Kernenergienutzung, wachse die Differenz zwischen Bedarf und gesicherter Kraftwerksleistung bis 2020 auf dann rund 11,7 Gigawatt. Bleibt die Stromnachfrage hingegen konstant, beträgt die Lücke schon 15,8 Gigawatt. Bei einem Anstieg der Stromnachfrage sind es sogar 21 Gigawatt, die als gesicherte Leistung fehlen werden. Übrigens, auch der Bau des Kraftwerks Moorburg, das nun auf der Kippe steht, wurde bei den Berechnungen mitberücksichtigt. Bleibt der Bau aus, vergrößert sich die Stromlücke entsprechend.

Ganz und gar nicht gepasst haben dürfte Einigen da auch der dena-Vorschlag: Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke um 20 Jahre, auf dann durchschnittlich 52 Jahre. Je nach Szenario könnte das die Deckungslücke um 10 bis 15 Jahre „verzögern“. Ein Weiterbetrieb bestehender Kraftwerke über die bisher geplanten Laufzeiten werde somit notwendig, um eine Stromlücke zu vermeiden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wenig überraschend: Reflexartig widersprachen Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt. Letzteres schob sogar eine eigene Analyse hinterher, warum trotz Ausstieg aus der Kernenergie die Versorgungssicherheit nicht gefährdet würde. Ich frage mich ernsthaft, ob eine für Umweltfragen nachgeordnete Behörde des Bundesumweltministeriums die Zuständigkeit und Kompetenz besitzt, energiewirtschaftliche Analysen durchzuführen – zumal, wenn man sich das Papier des UBA einmal genauer anschaut. Beispielsweise gehen die darin enthaltenen Annahmen zu den scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung schlicht an der Realität vorbei.

Verstehen Sie mich bitte richtig: KWK ist eine sehr sinnvolle und effiziente Technologie – vorausgesetzt sie ist wärmegeführt und wird dem eigentlichen Ziel gerecht, eine Energieversorgung insgesamt zu optimieren. Der Fall Dänemark mit seinem überdurchschnittlich hohen Anteil KWK im Energiemix zeigt jedoch gerade folgende Schwäche: Da im Sommer die Wärme nicht genutzt werden kann, laufen viele KWK-Anlagen ausschließlich zur Stromerzeugung. Der Effekt: Im Vergleich zu einer reinen Stromerzeugungsanlage – insbesondere, wenn man heutige Effizienzgrade unterstellt – sinkt der Wirkungsgrad signifikant, die CO₂-Emissionen steigen. Offenkundig wird dieses Faktum letztlich in der im

Vergleich der Kyoto-Staaten alles andere als positiven CO₂-Bilanz Dänemarks. So hat unser nördlicher Nachbar eine Treibhausgasreduktion von gerade einmal 7,8 Prozent (2005) gegenüber 1990 erreicht. 21 Prozent Minderung sind jedoch das Ziel. Die Europäische Umweltagentur, das Gegenstück des UBA in der EU, kommt zu folgendem Urteil: Dänemark wird die Kyoto-Latte nicht nehmen, sondern deutlich reißen.

In Sachen Zuständigkeit und Sachkundigkeit verhält es sich im Falle des Bundesamtes für Strahlenschutz und seines Präsidenten ähnlich. Der versuchte vorzurechnen – im Übrigen nach höchstpersönlicher Recherche des Präsidenten selbst, so die Antwort auf eine Schriftliche Frage im Deutschen Bundestag, welche Fachabteilung im BfS dies kalkuliert habe – dass trotz weiterer Abschaltungen (bei Fortsetzen des Ausstieges) keine Engpässe zu befürchten seien. Belegen wollte er dies anhand der Tatsache, dass trotz der Stillstände von zeitweise bis zu sieben Kernkraftwerken im letzten Jahr in Deutschland nicht das Licht ausgegangen ist. Vielleicht sollte der Präsident beim nächsten Mal jedoch besser im Vorfeld Experten konsultieren. Die sitzen bei der UCTE und veröffentlichen in ihren monatlichen Berichten exakt je nach Land, ob Strom exportiert oder aber importiert wurde. Und so weist die UCTE-Statistik für die Monate Juni, Juli und August aus: Deutschland war Stromimporteur! 1805 Gigawattstunden fehlten und mussten aus dem Ausland beschafft werden – zu den entsprechend hohen Preisen versteht sich.

Wir sollten uns hierzulande nicht in trügerischer Sicherheit wiegen und glauben, eine sichere Energieversorgung sei Gott gegeben. Das ist mitnichten so. Weder bei uns, noch im Ausland. Die dena liegt deshalb

auch vollkommen richtig, wenn sie feststellt, dass Stromimporte aus dem Ausland keine Alternative zur Deckung der Jahreshöchstlast darstellen. Schließlich reichen die vorhandenen und geplanten europäischen Kraftwerksprojekte nicht aus, um die Stromnachfrage in Deutschland auszugleichen, wenn wir uns weiter wie ein energiepolitischer Geisterfahrer bewegen.

Den Menschen hingegen unentwegt ein Zerrbild zu zeichnen, indem ihnen versucht wird, zu suggerieren, Erneuerbare wie Wind und Sonne alleine könnten die fossile Kraftwerkskapazität problemlos ersetzen, ist wenig verantwortlich. Denn nehmen wir an, es gelänge tatsächlich bis zum Jahr 2020 30 Prozent der Energieerzeugung aus Erneuerbaren zu gewinnen; woher kommen dann die restlichen 70 Prozent? Erst „raus“ aus Kernenergie und dann noch „raus“ aus Kohle. Dafür aber „rein“ ins Gas und damit weiter in die Abhängigkeit einiger weniger Lieferländer, vor allem aber Russland?! An dieser Stelle sei übrigens angemerkt: auch Gaskraftwerke emittieren CO₂. Vielleicht heißt es am Ende aber zu allem Überfluss auch noch: „raus“ aus Gas?! Ich sage in aller Deutlichkeit, das wird nicht funktionieren.

Getreu dem Motto, weiter so, das wird schon, halten wir hierzulande am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Stets wird darauf verwiesen, es fehle in der Bevölkerung an Akzeptanz zur Kernenergie. Wenn dem so wäre, meine Damen und Herren, – die letzten Umfragen zeichnen ein ganz anderes Bild – dann hat das auch damit zu tun, dass den Menschen von interessierter Seite vorgegaukelt wird, *Atomkraftwerke* seien unsicher, ihre CO₂-Bilanz negativ, die Endlagerung technisch ungelöst. Wiederholt werden soll dies,

bis die Bürger es dann am Ende als faktisch gegeben und unumstößlich ansehen. Wer dies tut, handelt wider besseres Wissen, handelt ideologisch. Doch gerade Ideologien haben viel zu lange die energiepolitische Diskussion beherrscht. Ich nehme uns da nicht aus. Auch wir haben Fehler gemacht, aber wir haben aus unseren Fehlern gelernt und unser Verhalten korrigiert. Wir haben viel zu lange in den Schützengräben gegen die Erneuerbaren gelegen. Es geht nicht um Kernenergie ODER Erneuerbare. Es geht um Kernenergie UND Erneuerbare, wie uns das Beispiel Großbritannien zeigt. Vielleicht können sich ja auch die Vertreter der Erneuerbaren – übrigens auch Lobbyisten – dieser Einsicht öffnen und sich aus ihren Schützengräben gegen die Kernenergie hinausbewegen.

An dieser Stelle vielleicht ein Hinweis in eigener Sache, der zu der eben erfolgten Selbstreflektion der Branche paßt. Viele von Ihnen werden bemerkt haben, dass ich zuvor auch von der „Atomenergie“ gesprochen habe. Und spätestens gerade eben haben die meisten gezuckt, als der Präsident des Deutschen Atomforums den Begriff „Atomkraftwerk“ in den Mund genommen hat. Lassen Sie mich sagen, dass ich dies ganz bewusst getan habe. Es geht darum, dass wir uns ein Stück weit auch bei dem teilweise in unseren Reihen vorherrschenden „Lagerdenken“ verabschieden. Natürlich kann es nicht darum gehen, unsere bisherigen Begrifflichkeiten mit einem Mal zu ändern – zumal Kernenergie und Kernkraft die korrekteren Termini im Vergleich zu Atomenergie und Atomkraft sind. Wir sollten uns allerdings schon angewöhnen, etwas nüchterner mit diesen ehemaligen „Kampfbegriffen“ umzugehen. Heutzutage ist nicht jeder, der von Atomkraftwerken und Atomenergie

spricht aus ideologischen Gründen einer pragmatischen Diskussion nicht zugänglich.

Dass Verhaltensänderungen in der Politik auch möglich sind, hat jüngst das Beispiel Biosprit gezeigt. Hier wurde zurückgerudert, als deutlich wurde, dass rund drei Millionen Autos die geplante höhere Beimischung von Biosprit ins Benzin aus technischen Gründen nicht vertragen würden. Die Bürger hätten fortan zum teuren Super Plus greifen müssen. Die Rechnung war daher simpel. Drei Millionen Autos gleich drei Millionen Wähler – der drohende Unmut an den Zapfsäulen war ein Risiko, welches die Regierung nicht eingehen wollte. Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch, dass die Interessenabwägung zwischen Nahrungsmittel- und Treibstoffanbau – Stichwort weltweit steigende Getreidepreise - sowie die teilweise alles andere als nachhaltige Art und Weise der Treibstoffpflanzenzucht immer mehr in den Fokus der öffentlichen Debatte rücken. Warnungen vor diesem Konflikt gab es schon seit Jahren. Sie wurden negiert. Reagiert wird erst, wenn die negativen Folgen eingetreten sind.

Was ist aber mit steigenden Energiepreisen, die die Blockade von modernen Kohlekraftwerken oder aber der Ausstieg aus der Kernenergie zur Folge haben werden? Hiervon sind nicht nur DREI Millionen betroffen, nein, ALLE Bürger unseres Landes.

Kurzum: Wenn es beim Biosprit möglich ist, zurückzurudern, warum nicht also auch beim Kernenergieausstieg, aus Gründen der Nachhaltigkeit, sprich: Klimavorsorge, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gleichermaßen?! Wenn eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik wirklich gewollt ist, dann muss die Politik vorangehen und die Kernenergie

grundsätzlich Neubewerten. Auch wenn dies heißt, öffentlich zu erklären, dass sich die einst eingenommene Position zur Kernenergie, angesichts veränderter Rahmenbedingungen, als falsch erwiesen hat. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Vernunft.

In Finnland beispielsweise waren die dort regierenden Sozialdemokraten vor 10 Jahren noch strikt gegen die Kernenergie, heute wird dort eine neue Anlage gebaut, weitere könnten hinzu kommen. Und auch die Labour-Party in Großbritannien hat sich eines besseren besonnen. Das nenne ich Energievernunft. Und davon könnten wir in Deutschland etwas mehr gebrauchen. Ein weniger ideologiegetriebener als vielmehr vernunftbasierter Dialog sollte auch in Deutschland möglich sein. Wir sind dazu bereit.

An dieser Stelle: Erst letzte Woche tagte wieder das European Nuclear Energy Forum (ENEF). Alle relevanten Stakeholder der europäischen Community waren dort vertreten, nicht nur die kerntechnische Industrie, sondern auch Behörden, Banken und eben auch Akteure aus vielen gesellschaftlichen Gruppen, also: Befürworter und Kritiker der Kernenergie. Sie alle sitzen an einem Tisch und treffen sich zum Dialog über unterschiedlichste Themenfelder: Erhalt und Ausbau von Know-How, Harmonisierung von Standards und Lizenzierungsverfahren, Erfahrungsaustausch im Bereich Endlagerung – um nur einige zu nennen. Die ersten Ergebnisse können sich mehr als sehen lassen. Die europäischen Stakeholder sind gewillt die Chance des Forums zu nutzen und damit den Weg für eine auch künftig nachhaltige Nutzung der Kernenergie in der EU zu ebnen.

Der Vorgang zeigt zweierlei:

1. Die EU sieht in der Kernenergie eine Zukunftsoption und
2. Ein Dialog zwischen Kritikern und Befürwortern ist möglich.

Anrede,

der deutsche Sonderweg in der Kernenergiefrage führt geradewegs in die Sackgasse, ja aufs Abstellgleis. Das Ergebnis ist absehbar: Die ehrgeizigen deutschen CO₂-Ziele werden nicht erreicht, die Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Produktionsstandortes wird aufs Spiel gesetzt, die Abhängigkeit von Energieimporten steigt weiter an. Und eben eine Stromlücke, die uns droht, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird.

Machen wir uns nichts vor: Deutschlands politisch gewollter Ausstieg aus der Kernenergienutzung hat international keine Nachahmer gefunden. Die Idee, als Exportweltmeister, auch den „Ausstiegsgedanken“ zu exportieren - europaweit, weltweit – ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Praktisch alle größeren Industrienationen, wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Japan oder Kanada, aber auch Wachstumsregionen wie China und Indien setzen auf Kernenergie. Laufzeitverlängerungen auf bis zu 60 Jahre und Neubauten zeichnen dieses Bild. Die deutsche Ausstiegspolitik hat daran nichts ändern können und wird es auch in Zukunft nicht. Das Beispiel Italien zeigt dies sehr deutlich. Einst „Aussteiger“ will Italien nach fast 20 Jahren wieder „Einsteiger“ sein und wechselt – wie letzte Woche durch den

Minister für Wirtschaft und Industrie verkündet – seinen energiepolitischen Kurs.

Anrede,

niemanden mag verwundern, dass sich die international agierenden Energieversorgungsunternehmen im Ausland nicht an den deutschen Ausstieg gebunden fühlen – zumal wir uns in einem europäischen Strommarkt befinden. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur das Bemühen um Neubauprojekte z. B. in UK, Rumänien, Bulgarien oder Finnland nennen. Auch die jüngst angekündigte Kooperation von E.ON, AREVA und Siemens spricht hier eine deutliche Sprache. Die Unternehmen investieren massiv in Erneuerbare, aber die Kernenergie ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil im Portfolio der Stromversorger.

Statt den gewachsenen Herausforderungen im Bereich der Energie- und Umweltpolitik hierzulande endlich Rechnung zu tragen, werden standortschädigende Grundsätze von Einst beibehalten. Ich nenne hier z.B. das von Rot-Grün verhängte Forschungsverbot bei der Reaktorneuentwicklung. Nach wie vor hat es Bestand. Für eine Technologie- und Industrienation wie Deutschland ist eine solche Politik – eine Politik der Denkverbote – inakzeptabel. Sie verkennt dabei schlicht das große Potenzial, das in der Kernenergie steckt, mit all ihren positiven Spin-off-Effekten für unsere Gesellschaft. Dem Ausland ist es recht und es

macht sich unsere Selbstisolation – wie bereits beim „Ausstieg“ – auch in der kerntechnischen Forschung nicht zum Vorbild.

Die internationale Entwicklung verdeutlicht das: Weltweit – wie bereits gesagt, nur nicht unter Beteiligung Deutschlands – wird an neuen Reaktorkonzepten, der sogenannten Generation IV, gearbeitet: mit noch besseren Sicherheitseigenschaften, höheren Effizienzgraden, besseren Möglichkeiten der Wärmeauskopplung und weniger radioaktiven Abfällen.

Vor allem aber sollen und werden Kernkraftwerke der vierten Generation Energie noch nachhaltiger erzeugen. Dieser Idee haben sich 13 Mitglieder im Generation IV International Forum verschrieben. Sie haben den Grundstein gelegt für die Inbetriebnahme neuer innovativer Kernenergiesysteme – und Innovation, meine Damen und Herren, steht ganz klar bei diesem länderübergreifenden Gemeinschaftsprojekt im Vordergrund, ist man sich doch im Klaren, dass die Hochtechnologie Kernenergie eine technische Errungenschaft ist, die ihresgleichen sucht. Sie hat zu unserem Wohlstand beigetragen und sichert einen Platz in der Spitzengruppe führender Volkswirtschaften. Das war gestern so, das ist heute noch so. Und das sollte auch morgen noch so sein.

Anrede,

das Signal, das von den Gen-IV-Mitgliedern in die Welt geschickt wird, ist vor allem auch als ein Aufbruchssignal zu verstehen – hin zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Industriestandorten. In einer sich immer stärker wandelnden Welt geht es den engagierten Ländern im Interesse heutiger

und künftiger Generationen um Folgendes: eine versorgungssichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung. Und die Reaktoren der vierten Generation werden helfen, eine solche nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Bereits ab 2030/2035 können die Anlagen ihren Platz im weltweiten Energiemix einnehmen. Wer hingegen beim heute technologisch Erreichten verharrt oder sich gar technologische Scheuklappen anlegt, der wird die Zukunftsfähigkeit verspielen. Davon bin ich überzeugt.

Aus all diesen Gründen ist es nicht nachvollziehbar – ich habe das an dieser Stelle schon häufig angemerkt und betone es auch heute - , warum Deutschland sich an den Forschungs- und Entwicklungsaufgaben bei der Reaktorneuentwicklung praktisch als einzige Industrienation nicht unmittelbar beteiligt. Ich begrüße jedoch ausdrücklich die Zielsetzung von Bundesforschungsministerin Schavan, im neuen Energieforschungskonzept 2020+, zukünftig die Teilnahme deutscher Forscher an internationalen Aktivitäten wie dem Gen IV International Forum zu ermöglichen. Das ist ein erstes, positives Zeichen. Gerne könnten sich diese Zeichen mehren. Denn Erneuerbare, Energieeffizienz und Energiesparen alleine als die Lösung aller Energie- und Umweltprobleme zu verstehen, wird den vor uns liegenden dramatischen Herausforderungen, insbesondere an einem Produktions- und Industriestandort wie Deutschland, nicht gerecht.

Betrachten wir nur den Bereich der weltweiten Bevölkerungsentwicklung. Bis 2030 werden über acht Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben, fast zwei Milliarden mehr als in 2005. Zum Vergleich: dies entspricht fast 1,5 Mal der Bevölkerung der Volksrepublik China. Menschen, die an

der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt teilhaben wollen. Dafür benötigen sie Energie. Und sie werden sie sich nehmen, denn das Recht auf Entwicklung kann ihnen keiner nehmen. Schon heute haben mehr als eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu Energie. Allein bis 2030 wird der Weltenergieverbrauch um 50 Prozent anwachsen, noch stärker der Stromverbrauch. Hinzu werden verstärkt die Herausforderungen bei der weltweiten Süßwasserversorgung, sowie die sukzessive Substitution von Erdöl insbesondere im Verkehrsbereich kommen. Die Kernenergie kann dabei helfen, diesen Energiehunger in allen Sektoren zu stillen. Nicht alleine versteht sich, das kann und soll sie auch gar nicht. Aber im breiten Energiemix wird ihr damals, heute und auch in Zukunft eine wichtige Rolle zukommen – weltweit, europaweit und hoffentlich bald auch wieder in Deutschland.

Ich bin überzeugt: Wir werden angesichts veränderter Rahmenbedingungen um eine Neubewertung der Kernenergie nicht herumkommen. Dabei geht es jetzt um eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Anlagen. Die Einen sehen dies als Brücke in eine völlig veränderte energiewirtschaftliche Zukunft, wir sehen eine langfristige Perspektive der Kernenergie. Die Frage muss jetzt nicht entschieden werden, aber wichtig ist, dass wir uns alle Energieoptionen offen halten.

Einen herzlichen Dank richte ich an all diejenigen, die mit der Vorbereitung der diesjährigen Jahrestagung betraut waren. Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Programmausschusses.

Uns allen wünsche ich nun eine interessante und erfolgreiche Jahrestagung, bei der auch die persönlichen Gespräche und Begegnungen nicht zu kurz kommen sollen.